



## Pressemitteilung

### Erfurt, 30.04.2024. **Der Kinderschutzbund Thüringen begrüßt die Reform der Thüringer Landesverfassung – doch die Kinderrechte bleiben außen vor!**

Am 26.04.2024 wurde endlich die seit mehreren Jahren erarbeitete und politisch hart erkämpfte Verfassungsmodernisierung vom Landtag beschlossen. Der Kinderschutzbund Thüringen hat sich als Bündnispartner für eine Verfassungsreform aktiv beteiligt und eine Aufnahme der Kinderrechte gefordert.

„Dass nun acht der insgesamt zwölf vom Bündnis begleiteten Reformthemen beschlossen wurden, darunter die Staatsziele Ehrenamt, Nachhaltigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse aber auch die Stärkung des Europabezuges ist ein wichtiges Signal für die zukunftsfähige Entwicklung des Freistaates“, so Prof. Dr. Matthias Gather, Sprecher des Thüringer Nachhaltigkeitsbeirates.

„Leider sind die Kinderrechte bereits am Anfang der Verfassungsreform nicht weiter politisch verhandelt worden“ sagt Carsten Nöthling vom Kinderschutzbund Thüringen, der sich darüber sehr enttäuscht zeigt und weiter: „Der heutige Tag, der 30.04. ist der Internationale Tag der gewaltfreien Erziehung, den wir in Thüringen als Kinderrechtetag begehen. Von daher hätte anlässlich diesen Tages auch angestanden, die Kinderrechte mehr zu würdigen.“

Der Kinderschutzbund setzt sich bereits viele Jahre dafür ein, dass die Kinderrechte einen anderen Stellenwert erhalten, denn die Interessen von Kindern und Jugendlichen stehen in der Gesellschaft oft nicht im Fokus. Das zeigen beispielhaft die bestehende Kinderarmut genauso wie die Maßnahmen während der Pandemie, die zu Lasten junger Menschen ausgetragen wurden.

Aus Sicht des Kinderschutzbundes Thüringen muss das Kindeswohl bei allen staatlichen Entscheidungen vorrangig berücksichtigt werden, wenn diese Kinder betreffen. Dieses zentrale Prinzip nach Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention muss auch in die Thüringer Verfassung einziehen. Im Ergebnis sollen damit die Lebensverhältnisse junger Menschen in Thüringen gestärkt werden. Dazu zählen besonders die Beteiligungsrechte, die bereits in der Kommunalordnung aufgenommen wurden.

„Dieses Bündnis hat dazu beigetragen die Stagnation zu überwinden und gezeigt, was zivilgesellschaftliches Engagement bewegen kann. Jetzt hoffen wir, dass CDU, FDP, SPD, Linke und Bündnis90 / Die Grünen diese Punkte in der kommenden Legislatur mit Inhalt in Form von Gesetzen und Richtlinien, weiter untersetzen. Hieran konstruktiv mitzuwirken bieten wir als Bündnis gern an“, sagt Josef Ahlke, Vorstandsvorsitzender Zukunftsfähiges Thüringen e.V..